

Grundrechte weltweit schützen – Export von Spionagesoftware regulieren!

Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Der Export von Software aus Deutschland und anderen EU-Staaten zur Überwachung und Ausforschung von elektronischer Kommunikation sowie von IT-Systemen in Länder, in denen Menschenrechtsverletzungen durch Staatsorgane stattfinden, muss unterbunden werden. Dazu muss die Ausfuhr von derartiger Software denselben strikten Kontrollen durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle unterworfen werden, wie sie für Rüstungs- oder Dual-Use-Güter, d. h. Güter, die sowohl zivil als auch militärisch nutzbar sind, gelten. Darüber hinaus bedarf es eines EU-weiten Kontrollregimes mit einheitlichen Standards. Wir fordern deshalb die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sowie die SPD-Mitglieder des Europäischen Parlaments dazu auf, entsprechende Initiativen einzubringen.

Begründung:

Nach Angaben der EU-Kommission hatte der globale Markt für Sicherheitstechnologien und Sicherheitsdienstleistungen im Jahre 2008 ein Gesamtvolumen von ca. 100 Mrd. Euro – mit geschätzten Wachstumsraten von mindestens 5% pro Jahr weltweit. Dabei ist der Anteil öffentlicher Kunden sehr hoch.

Deutsche Firmen wie Trovicor, Syborg oder Gamma International sind auf diesem Markt gut vertreten. Zu den Abnehmern ihrer Produkte gehören auch die Sicherheitsbehörden von Ländern, in denen elementare Rechte nicht gewährt werden. So wurde 2011 bekannt, dass die Firma Gamma International mit Sitz in München ihre Spionagesoftware „FinFisher“ an die ägyptische Staatssicherheit und an die Geheimpolizei Bahreins geliefert hatte. Während des arabischen Frühlings setzten die betreffenden Regime dann deutsche Technologien für Überwachungs- und Repressionsmaßnahmen gegen Demokratiebewegungen, Menschenrechtsaktivisten, Journalisten und Blogger ein. Die Folge waren Verhaftung und Folter. In einigen Fällen gerieten Oppositionelle sogar in Lebensgefahr. 2012 wurde Gamma International dafür der Big Brother Award verliehen.

Initiativen von Mitgliedern des Europäischen Parlamentes zur Einführung von EU-weiten Exportkontrollen für Überwachungssoftware wurden insbesondere von Deutschland blockiert, und zwar auf Betreiben des – damals noch FDP-geführten – Bundeswirtschaftsministeriums, das um den Zugang von deutschen Firmen zum „Zukunftsmarkt Zivile Sicherheit“ (so der Titel eines Papiers aus dem BMWi) fürchtete und an einer „Exportinitiative Sicherheitstechnologien und -dienstleistungen“ arbeitete.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, dem auch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle untersteht, ist heute SPD-geführt. Für die SPD jedoch waren und sind Freiheit, Demokratie und Menschenrechte nicht verhandelbar. Es kann nicht sein, dass sich Diktaturen in Deutschland und Europa mit Technologie für Ausspähung, Überwachung und Unterdrückung eindecken! Deswegen müssen wir die neu gewonnenen Gestaltungsmöglichkeiten in der Regierung nutzen, um diesem Treiben einen Riegel vorzuschieben!